

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 41 (2014)
Heft: 3

Artikel: "Überzählig sind immer die anderen"
Autor: Müller, Jürg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-909846>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

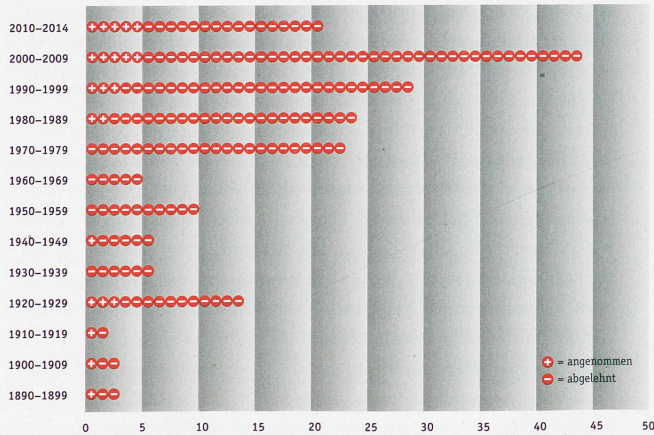
Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Volksinitiativen, die zur Abstimmung gekommen sind (Stand Juni 2014)



die meisten übrigen Parteien versuchen, die arg zersauste Fahne des Bilateralismus hochzuhalten. Für die Regierung ist das eine höchst ungemütliche Ausgangslage. Der neue Verfassungstext verpflichtet Bundesrat und Parlament, innert dreier Jahre für alle Ausländerinnen und Ausländer ein neues Zulassungssystem einzuführen, das die Zuwanderung durch Höchstzahlen und Kontingente begrenzt.

Die Frage lautet: Wie, wenn überhaupt, kann dies mit dem Abkommen mit der EU über die Personenfreizügigkeit in Einklang gebracht werden? Bis Ende Juni dieses Jahres will der Bundesrat ein Umsetzungskonzept vorlegen, bis Ende Jahr sollen die Vorschläge in Gesetzesartikel gegossen werden, die dann in die Vernehmlassung gehen. Die Kunst wird darin bestehen, Kontingente einzuführen, ohne gleichzeitig das Prinzip der Personenfreizügigkeit zu verletzen. Parallel zum innenpolitischen Prozess finden Gespräche mit der Europäischen Union statt.

Jetzt kommt Ecopop

Doch nicht allein die Umsetzung der Initiative bringt die politischen Akteure in arge Bedrängnis. Die SVP hat schon mit einer sogenannten Durchsetzungsinitiative gedroht, falls das angenommene Volksbegehren nicht in ihrem Sinn umgesetzt wird. Und bereits rollt eine andere Initiative auf das Stimmvolk zu, die sogenannte Ecopop-Initiative mit dem Titel «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundla-

gen». Voraussichtlich wird schon im November 2014 darüber abgestimmt.

Konkret soll laut Initiative «die ständige Wohnbevölkerung infolge Zuwanderung im dreijährigen Durchschnitt nicht um mehr als 0,2 Prozent pro Jahr wachsen». Das entspräche derzeit einer Nettozuwanderung von lediglich noch 16 000 Personen, statt der heutigen rund 80 000. Die Initiative hält in den Übergangsbestimmungen unmissverständlich fest, dass völkerrechtliche Verträge, die diesen Zielen widersprechen, entweder angepasst oder gekündigt werden müssen. Mit anderen Worten: Das Ecopop-Volksbegehren ist deutlich radikaler als die angenommene SVP-Initiative. Sie schreibt konkrete Zahlen in die Verfassung und lässt noch weniger Spielraum für Verhandlungen mit der EU. Für die Personenfreizügigkeit gäbe es nicht mehr den Hauch einer Chance.

Ecopop, das Wort setzt sich zusammen aus ECOlogie et POPulation, ist eine scharfe Vereinigung und spricht ganz unterschiedliche Kreise an, Wachstumskritiker ebenso wie fremdenfeindliche Kreise. Ecopop selbst versteht sich als politisch unabhängige Umweltorganisation mit dem Blick auf Bevölkerungsfragen. Auf ihrer Homepage steht: «Unser Anliegen ist es, die natürlichen Lebensgrundlagen und die Lebensqualität in der Schweiz und weltweit für kommende Generationen zu erhalten. Ecopop engagiert sich seit mehr als 40 Jahren gegen die Überlastung der Natur durch immer mehr Menschen.» Eine klare politische Zuordnung der Organisation ist nicht mög-



«Wie viele Menschen verträgt die Erde?», fragen die Ecopop-Initianten auf ihrem Plakat beim Einreichen der Unterschriften für die Initiative am 12. November 2012 in Bern

lich. Sie wurde zwar zur Zeit der Überfremdungsiniciativen von James Schwarzenbach ins Leben gerufen, doch die Initiativen seiner Nationalen Aktion (NA) in den Siebziger- und Achtzigerjahren lehnte Ecopop ab. In den Anfängen war NA-Präsident Valentin Oehen bei Ecopop ebenso aktiv wie die Berner SP-Grossrätin und Frauenrechtlerin Anne-Marie Rey.

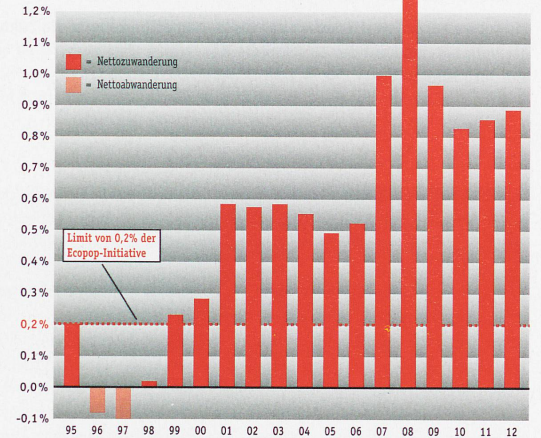
Es ist der Vereinigung von heute offenbar sehr wohl bewusst, dass die Stossrichtung ihres Programms auch für Kreise attraktiv ist, mit denen man lieber nichts zu tun haben möchte. Wohl deshalb steht auf der Homepage: «Ecopop distanziert sich von allen menschen- oder fremdenfeindlichen Positionen und möchte dazu beitragen, dass alle Menschen unabhängig von ihrer Nationalität ein würdiges Leben führen können»

Ecopop als «unheimliche Ökologen»?

Doch in der Praxis funktioniert diese saubere Abgrenzung nach ganz rechts nicht. In der «Schweizerzeit», der Hauspostille des früheren SVP-Rechtsausser-Nationalrats Ulrich Schlüer, konnte Ecopop im redaktionellen Teil einen Aufruf zur Unterstützung ihrer Initiative platzieren. Während der Unterschriftensammlung durften die Initianten auch auf die rechtslastige Auns zählen: Diese verteilte Unterschriftenbogen unter ihre Mitglieder. Offizielle Unterstützung beim Sammeln der Unterschriften erhielt Ecopop zudem von den Schweizer Demokraten (SD), einer Rechtsausserpartei und Nachfolgeorganisation der NA. Die Partei

Schweizer Revue Juni 2014 / Nr.3
Quelle: Bundeskanzlei
Foto: Keystone

Zu- und Abwanderung der Schweiz in Prozent



hatte 2011 eine eigene Überfremdungsiniciative lanciert. Da das Sammeln der Unterschriften nicht so gut lief, beschloss der SD-Zentralvorstand im Sommer 2012, das eigene Volksbegehren ruhen zu lassen und die «erfolgsversprechendere» Ecopop-Initiative aktiv zu unterstützen.

Neu ist die Verbindung zwischen naturschützerischen Anliegen und Einwanderung nicht. Bereits in den Dreissigerjahren des letzten Jahrhunderts gab es eine reaktionär-ökologische Ideologie. Balthasar Glättli, Zürcher Nationalrat der Grünen, recherchiert derzeit für ein Buch mit dem Arbeitstitel «Unheimliche Ökologen», und ist dabei auf «unheimliche Wurzeln» gestoßen: nämlich auf Verbindungen zwischen Naturschützern, Bevölkerungspolitikern und Eugenikern, dies sind Vertreter einer Wissenschaft, bei der man davon ausgeht, dass sich die Menschen, deren Erbanlagen erwünscht sind oder als positiv bewertet werden, vermehren sollten, bei Menschen, deren Erbanlagen negativ eingestuft werden, sei die Vermehrung unerwünscht und zu verhindern.

In diesem Zusammenhang ist bei der Ecopop-Initiative vor allem der Passus über die Geburtenkontrolle in der Dritten Welt heikel. In einem zweiten, sozusagen entwicklungspolitischen Teil verlangt die Initiative nämlich, die Schweiz soll zehn Prozent der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit «in Massnahmen zur Förderung der freiwilligen Familienplanung» fliessen lassen. CVP-Ständerat Urs Schwaller nennt das eine «ko-

lonialistische Sicht der Familienplanung in Entwicklungsländern». Auch entwicklungspolitische Organisationen kritisieren diese Forderung scharf. Aus ihrer Sicht ignoriert Ecopop die strukturellen Ursachen des Bevölkerungswachstums. Hohe Geburtenraten sind, das ist heute allgemein bekannt, primär armutsbedingt. Kinderreichtum wird als Garantie für die Existenzsicherung betrachtet. Deshalb muss, um die Grösse der Familien und das Bevölkerungswachstum zu senken, primär die Bildung von Mädchen und Frauen gefördert werden. Deutlich sagt Shalini Randeria, Professorin für Anthropologie und Entwicklungssoziologie in Genf, in einem Interview mit der «Neuen Zürcher Zeitung», welche Haltung zu Forderungen wie jene von Ecopop führen: «Überzählig sind immer die anderen: die Armen, die Ausländer. (...) Es geht nie nur um die Zahlen, sondern stets um die Frage, wer sich vermehren darf und wer nicht.» Man könne die Bevölkerungsfrage nicht vom Ressourcenverbrauch trennen, sagt die Professorin, denn «die Einwohner der Stadt New York verbrauchen an einem Tag mehr Energie als der gesamte afrikanische Kontinent».

Einwanderung und Naturschutz war auch bei der Schwarzenbach-Initiative 1979 ein Thema. Angeprangert wurde schon damals die Zubetonierung der Schweiz. Die SVP, die die Einwanderung zu ihrem Top-Thema gemacht hatte, argumentierte zuerst vor allem mit Sozialmissbrauch und Kriminalität, entdeckte dann aber im Endspurt des Abstimmungskampfes die Öko-

logie und zeigte auf Plakaten zubetonierte Landschaften.

Herausforderung für Grüne – und SVP

Herausgefordert sehen sich vor allem die Grünen, deren Führung sich dezidiert gegen die Ecopop-Initiative ausspricht und eine Hauptrolle im Abstimmungskampf übernehmen will. Wir hätten kein Problem mit den Köpfen, sondern ein Pro-Kopf-Problem, sagt Regula Rytz, Kopräsidentin der Grünen, immer wieder. Entscheidend sei der ökologische Fussabdruck, nicht die Anzahl Menschen. Allerdings ist noch nicht klar, wie die Basis der Grünen denkt. Bei Ecopop aktiv sind auch Vertreter der Grünen: Andreas Thommen, früherer Präsident im Aargau, sitzt im Vorstand und im Initiativkomitee.

Die Haltung der politischen Parteien ist klar: Bedeckt hält sich einzig die SVP, sonst lehnen alle die Initiative ab. Im Ständerat, der im März das Anliegen bachab schickte, übte sich die SVP in Stimmenthaltung. Das Volksbegehren habe tatsächlich problematische Seiten, sagt SVP-Generalsekretär Martin Baltisser, «es kommt ja auch aus der links-grünen Ecke». Aber wie sich die Parteibasis bei der Parolenfassung verhalte, könne er nicht voraussagen. Sicher ist, die Partei befindet sich in einem Dilemma: Für den Wirtschaftsflügel ist Ecopop viel zu radikal, bei der Basis dürfte sie aber, wie jede Forderung nach Einschränkung der Zuwanderung, auf Wohlwollen stossen.